

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeitspalte oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., einspaltige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 292.

Dienstag, den 14. Dezember 1915.

22. Jahrg.

Die landwirtschaftlichen Produktionskosten und die Steuerung.

Von U. S o f e r, Mitglied des preussischen Landtages.

Wie stand es nun mit der Arbeiterfrage? Um die kolossalen Preise für ihre Produkte zu rechtfertigen, wurde von agrarischer Seite die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne der Landarbeiter stark gestiegen seien.

Dieser Behauptung ist bereits durch den Landarbeiterverband die Spitze abgebrochen. Durch Stichproben, die der Landarbeiterverband aus verschiedenen Gegenden Deutschlands in betreff der Lohnverhältnisse der Landarbeiter genommen hat, ist festgestellt, daß die Löhne meistens gar nicht, hier und da nur ganz unwesentlich gestiegen sind.

Aus eigenen Ermittlungen können wir diese Feststellung wohl und ganz bestätigen.

Für Ostpreußen wurde durch Erlass der militärischen Kommandogewalt sogar gewissermaßen die Freizügigkeit der Landarbeiter aufgehoben und dadurch die Arbeiterfrage für die landwirtschaftlichen Unternehmer sehr viel günstiger gestaltet.

Ein Mangel an Arbeitskräften ist in der Landwirtschaft in diesem Jahre ebenfalls nicht vorhanden gewesen, weil für die zum Militärdienst einberufenen heimischen Arbeiter reichlich Ersatz an Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt wurde. Und es dürfte sich kaum ein Landwirt finden, der diese Gefangenen als teure Arbeiter bezeichnen wollte. Die Gefangenen sollen von denen, die sie zur Arbeitsleistung bekamen, gut gepflegt werden, und die Militärverwaltung gibt sich in anerkannter Weise Mühe, eine entsprechende Verpflegung und Unterbringung der Leute durchzuführen. Sehr zu wünschen wäre es allerdings gewesen, wenn hier auch ein Verbot erlassen wäre, das verhindert hätte, daß die Gefangenen auch des Sonntags ausgenutzt wurden.

Abgesehen von der Verpflegung kosten aber die Gefangenen nicht nur nichts, sondern es wird für jeden Gefangenen vom Reiche noch pro Tag 60 Pfg. Verpflegungsgeld vergütet. Für die Wintermonate soll diese Vergütung sogar auf 1,20 Mark steigen. Mehr können unsere Landwirte wirklich nicht verlangen!

Die Behauptung, die hier und da aufgestellt wird, daß die Gefangenen als Arbeiter minderwertig seien, dürfte schon dadurch widerlegt werden, daß die ländlichen Behörden immer wieder öffentlich warnen müssen, daß sie nicht die einheimischen Arbeiter entlassen dürfen, wenn sie Gefangene bekommen; daß die Behörden drohen müssen, solchen Besitzern die Gefangenen zu entziehen.

Mit Hilfe der Arbeitskraft dieser Kriegsgefangenen ist denn auch die Arbeit des Erntejahres 1915 glücklich unter Dach gebracht.

Hinter den letzten Erntewagen hat schon wieder die Pflugbar den Acker gestürzt, um das Saatbett für die nächste Frühjahrsbestellung vorzubereiten. Grüne Winterjaaten leuchten uns überall entgegen und eröffnen gute Aussichten für das landwirtschaftliche Erntejahr 1916.

Wir aber fragen, wodurch sind denn eigentlich die hohen Preise für die landwirtschaftlichen Produkte gerechtfertigt?

Vor ein paar Wochen setzte die Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel bekanntlich mit erneuter Kraft ein. Sprunghaft gingen die Preise für Milch, Eier, Butter, Fleisch usw. in die Höhe. Erst in letzter Stunde setzte der Bundesrat Höchstpreise fest, aber viel zu hohe. Es hätte voll auf genügt, wenn der Durchschnitt der Preise für die einzelnen Lebensmittel aus den letzten fünf Jahren vor Ausbruch des Krieges als Höchstpreis festgelegt worden wäre. Das hat er aber leider nicht getan. Wir wissen auch absolut nicht, auf Grund welcher Unterlagen und Erwägungen die Feststellung der Höchstpreise erfolgt ist.

Neuerdings sind nun auch endlich die schon lange verlangten Höchstpreise für Schlachtschweine eingeführt worden. Die Schweine waren in der Tat im Preise derart gestiegen, daß sie ihrem Besitzer das Dreifache und mehr noch brachten wie vor dem Kriege. Auch jetzt, nach Festsetzung der Höchstpreise, bringen die Schweine den Produzenten immer noch sehr reichlich den doppelten Betrag ein, wie er vor dem Kriege erzielt wurde. Dabei war ein Sinken der Schweinepreise zu erwarten! Als der Krieg im August 1914 ausbrach, hatten wir gerade eine Zeit der billigeren Schweinepreise. Es war damals ein sehr starkes Angebot an Schweinen vorhanden; infolgedessen blieb Schweinefleisch noch längere Zeit nach Beginn des Krieges verhältnismäßig billig.

Wie immer folgte der Zeit starken und infolgedessen verhältnismäßig billigen Angebots an Schweinen die Zeit der Schweineknappheit, die dann durch die bekannten Zwangsabschlachtungen noch verschärft wurde.

Als dann die Preise gewaltig in die Höhe zu gehen begannen und für Saugferkel 30 bis 40 Mark gezahlt wurden, war bei der bekannten Vermehrungsfähigkeit der Borstentiere bald ein Ueberangebot an Ferkeln da, so daß dieselben schließlich auf den normalen Preis heruntergingen, teilweise auf den Märkten schon schwer loszuwerden waren.

Diese Ferkel sind allmählich herangewachsen und kommen nächstens als Schlachtschweine auf den Markt.

Wir hätten also hier die nächste Zeit mit einem reichlichen Angebot und infolgedessen mit sinkenden Schweinepreisen zu rechnen, so daß die jetzt festgesetzten viel zu hohen Höchstpreise für Schweine die Landwirte vor niedrigen Schweinepreisen schützen!

Zurzeit hat es allerdings den Anschein, als ob gar keine Schlachtschweine angeboten würden. Das liegt natürlich daran, daß die Produzenten an die vor der Höchstpreisfestsetzung angelegten hohen Preise gewöhnt waren und jetzt nach der plötzlich Reduzierung der Preise die Schweine zurückhalten, einesteils, weil sie sich von den Händlern überverteilt glauben, andererseits aber auch, weil sie vielleicht höhere Preise zu erlösen hoffen.

Selbstverständlich kann das nur ein vorübergehender Zustand sein. Hier und da wird vielleicht jetzt ein Schwein mehr im eigenen Haushalt auf dem Lande verbraucht werden; dann werden dafür wieder andere Nahrungsmittel für die städtische Bevölkerung frei.

Ebenso ist bei den Kartoffeln der Höchstpreis mit 2,25 bis 3 Mark pro Zentner beim Produzenten ebenfalls viel zu hoch! Die Produktionskosten für einen Zentner Kartoffeln dürften unter normalen Verhältnissen 1 bis 1,20 Mk. betragen.

Wollten wir aber selbst den Agrariern folgen und eine Erhöhung dieser Produktionskosten während des Krieges etwa um 30 Prozent annehmen, dann würden dieselben 1,30 bis 1,50 Mark pro Zentner betragen; aber selbst dann würde der festgesetzte Höchstpreis für die Agrarier immerhin einen Reingewinn von 100 Prozent bedeuten!

Aber es hat in diesem Jahre beim Kartoffelbau überhaupt keine Steigerung der Produktionskosten stattgefunden! Wir haben doch eine Rekorderte an Kartoffeln erzielt!

Nun, diese Rekorderte ist zustande gekommen — bei dem vorhandenen knappen Angepaß — sicher nicht durch häufigere oder tiefergründigere Bodenbearbeitung.

Sie ist zustande gekommen — bei dem vorhandenen Mangel an Kunstdünger — sicher nicht durch Mehraufwendung von Kapital für künstlichen Dünger.

Und wie steht es mit den Erntekosten bei der diesjährigen Kartoffelernte? Je besser die Kartoffeln geraten sind, das heißt also je mehr und je größere Knollen unter jeder Stauden liegen, um so schneller haben die Arbeiter ihr Affordmaß gefüllt. Sie verdienen also, je besser die Kartoffeln geraten sind, auch bei gleichbleibendem Lohn entsprechend mehr; infolgedessen pflegt der Affordmaß bei einer guten Kartoffelernte herabgesetzt zu werden.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die englisch-französischen Landungstruppen haben nunmehr Serbisch-Mazedonien räumen und sich auf griechisches Gebiet zurückziehen müssen, nachdem die Bulgaren ihnen in den Kämpfen am Warbar arg mitgespielt hatten. Die letzten Stützpunkte der Ententetruppen in Mazedonien, Doynra und Gewgeli, an der griechischen Grenze liegend, sind ihnen genommen worden. Dieser Rückzug ist für die Entente um so schmerzlicher, als sie verhältnismäßig erhebliche Truppenmassen auf den Balkan geworfen hatten. Nun werden sie sich wohl auf Saloniki zurückziehen müssen, um hier den weiteren Angriffen der Bulgaren standzuhalten. Denn daß diese sich mit dem Hinauswurf der Ententetruppen aus Serbisch-Mazedonien begnügen werden, glauben wir nicht. Sie werden vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach die Verfolgung aufnehmen und hierbei auch kaum auf griechischen Widerstand stoßen. Wenn die Griechen den Abtransport der Ententetruppen aus Saloniki nicht durchsetzen können — wie es nach den letzten Nachrichten der Fall zu sein scheint — dann werden sie auch kaum den verfolgenden Bulgaren gegenüber Neutralitätsgründe ins Feld führen können, um deren Aktionen zu verhindern. Griechisch-Mazedonien dürfte also wohl der nächste Schauplatz der Kämpfe zwischen Bulgaren und den englisch-französischen Truppen sein.

Nach einer Mailänder Meldung hat sich eine Abordnung albanischer Notabeln nach Orhidra begeben, um Albanien unter den Schutz der Mittelmächte und Bulgariens zu stellen.

Nach der „Köln. Ztg.“ hestritten Berichte aus Lona von italienischer Seite, daß bereits namhafte Trup-

penmassen an der albanischen Küste gelandet seien. Nur im Valona seien einige tausend Mann gelandet worden und vor einigen Wochen außerdem Arbeitertruppen, die Zufahrtstraßen herstellen sollen. Die Unterstützung Italiens beschränke sich vorderhand auf die Sendung von Proviant und Material. Für eine Balkan-Expedition habe Italien zu wenig Truppen frei, wie für eine Unternehmung in Libyen, zu der namentlich England scharf treibe. Die Front gegen Oesterreich-Ungarn verträge gegenwärtig keinerlei Schwächung, und Cadorna habe sich sehr entschieden gegen jede Truppenabgabe nach dem Balkan oder nach Libyen ausgesprochen.

Die italienische Kammer beschäftigte sich in diesen Tagen mit der inneren Politik. Salandra erklärte, daß die anfänglichen strengen Maßnahmen hinsichtlich der Internierung verdächtiger Personen stark gemildert worden seien. Genosse Turati erwiderte mit der Aufzählung von Fällen, in denen die Polizei mit Willkür gegen Leute vorging, die keines anderen Verbrechens schuldig waren, als Sozialisten oder Neutralisten zu sein. Das väterliche Regiment Salandras werde dadurch gekennzeichnet, daß zum Beispiel in dem „erlösten“ Monfalcone der Kassierer der Krankenkasse ins Konzentrationslager geschafft und die Kasse allerlei Abenteurern und angeblichen Freudenten überlassen wurde. Eine Reihe anderer „Erlöster“ sei von der italienischen Regierung, weil sie österreichischer Gesinnung verdächtig erachtet wurden, von Haus und Hof verjagt worden, was ein netter Vorgang ihrer endgültigen „Erlösung“ sei. Es sei in Italien son-

Wenn also überhaupt eine Veränderung der Produktionskosten beim Kartoffelbau in diesem Jahre eingetreten ist, dann kann sie sich nur bemerkbar gemacht haben nach der anderen Seite hin, indem die Produktionskosten niedriger geworden sind! —

Nun ist es uns natürlich nicht unbekannt, daß infolge der langen Trockenperiode im Frühling dieses Jahres in vielen Gegenden Deutschlands die Ernte in mancherlei Beziehung vieles zu wünschen gelassen hat. Wir sind aber der Meinung, daß der Landwirt mit ab und zu eintretendem Mißwachs auf diesem oder jenem Gebiet eben zu rechnen hat, daß er dies Ereignis einfallstärker muß und gewissermaßen zu den vorkommenden Geschäftskosten zu schlagen hat.

Der Krieg an sich hat die Frühjahrsdürre und somit den Mißwachs nicht verschuldet. Es gab allerdings Landwirte, die in jener Trockenzeit schon die Behauptung aufstellten, daß der Kanonendonner im Osten und Westen Deutschlands den Regen nicht nach Deutschland hereinlasse, und die schon die Hände aufhielten, um für diesen Kriegsschaden wenigstens einen Goldregen zu empfangen.

Insofern allerdings wirkte die teilweise vorgekommene schlechte Futtererte in dieser Kriegszeit erschwerend, als wenig Erntefutterstoffe vom Ausland hereinkommen. Dies ist aber die einzige Tatsache, die eine Steigerung der Produktionskosten für einzelne landwirtschaftliche Artikel rechtfertigt. Dabei muß aber wieder in Betracht gezogen werden, daß die Landwirte sich selber gegenseitig diese Produktionsmittel verteuern.

Die Hälfte der von den Landwirten angebauten Gerste zum Beispiel ist bekanntlich nicht beschlagnahmt, hat keinen Höchstpreis und kann beliebig verkauft werden. Es ist bekannt, daß landwirtschaftliche Organisationen den Landwirten anbieten, für diese Gerste 700 Mark pro Tonne zu verlangen! Die Höchstpreise hätten eben auf sämtliche Futtermittel ausgedehnt und bedeutend niedriger festgesetzt werden müssen.

Die ungeheuren Summen, die jetzt das Reich zum Beispiel allein für Pferdefutter zu viel zahlt, könnte zweckentsprechender verwendet werden, wenn dadurch erwirkt würde, daß die eingeführten ausländischen Futtermittel billiger abgegeben werden könnten.

Wir verlangen logischerweise nicht nur Höchstpreise für die Produkte, die die Agrarier verkaufen; sondern wir wollen ihnen ebenfalls niedrige Höchstpreise zubilligen für die Waren, deren sie zur Produktion ihres Fertigfabrikats benötigen. Höchstpreise für die einzelnen Artikel sollen festgesetzt werden nach dem Durchschnitt der Preise, die in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege für dieselben gezahlt wurden. („Neue Zeit.“)

Belommen, daß heute das Vaterland und das Kabinett Salandra identisch seien, und daß die wenigen Blätter oder Männer, die nach den Mut ihrer Meinung haben, auf schonungslos verfolgt werden. Der regierungsfreundlichen Presse aber sei alles gestattet, sogar die „Aufreizung zur Ermordung der politischen Gegner“.

Wie neulich der Reformsozialist Cicotti Salandra so „glänzend“ zu Hilfe kam, so tat dies jetzt der Reformsozialist Bissolati mit einem Hymnus auf den Krieg, den schon die Väter extrahiert hätten und der einer höheren Zivilisation den Weg bahne. Darauf erfolgte das Vertrauensvotum mit 301 gegen 40 Stimmen. Zu heftigen Ausritten führte das sozialistische Amendement über Erhebung der Salz-, Zündhölzchen- und Velozipedsteuer und die Portonerhöhung durch Verdoppelung der Steuer auf Kriegsgewinne. Der sozialistische Redner führte unter dem Beifall der sozialistischen Partei aus, der Steueranteil auf arme Leute sei auf diese Weise leicht hereinzubekommen. Man möge nicht vergessen, daß das Proletariat das heute dem Vaterlande sein Blut gebe, morgen bestimmt sei, den Nationalmohstand wiederherzustellen. Ferri griff erneut gewisse Abgeordnete an, die das Salz als für die Volksernährung entbehrlich bezeichnen. Das italienische Volk esse kein Fleisch und in den Vegetabilien sei kein Salz enthalten. Natürlich wurde der sozialistische Antrag abgelehnt; auch die Demokraten stimmten dagegen.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die ganze Vorlage der Budgetämter in geheimer Abstimmung mit 313 gegen 56 Stimmen angenommen.

Die amerikanische Note an Oesterreich verlangt, daß die Versenkung der „Ancona“ als ungesetzliche und unverantwortliche Tat bezeichnet, der U-Bootführer bestraft und Schadenersatz geleistet wird.

Die Kriegslage.

Wien, 13. Dezember. Amtlich wird berichtet: Russischer Kriegsausplaz. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsausplaz.

In Tirol beschießt die italienische Artillerie den besetzten Raum von Bardar, sowie unsere Stellungen bei Riva, Rovereto und dem Coladi Lana. In Indicien arbeitet sich die feindliche Infanterie näher heran. Auf den Berggipfeln östlich des Tales greift sie an und wurde abgeschlagen.

Am Götzer Brückenkopf fanden Geschütz- und Mienenwertkämpfe statt. Ein feindlicher Angriffsvorstoß auf die Kuppe nordwestlich Slavica wurde halb zum Stehen gebracht.

Südöstlicher Kriegsausplaz.

Die Verfolgungskämpfe in Nordwest-Montenegro nehmen ihren Fortgang.

Bei Koriza wurden 800 Gefangene, bei Tref neuerlich 12 serbische Geschütze eingebracht.

Unsere Flieger bewarfen das Lager bei Berane erfolgreich mit Bomben.

Gegen Rußland.

Kampfkämpfe in Mesopotamien.

In der besetzten Grenzfront in der Nähe der rumänischen Grenze unternahmen die Russen in der Sonntagsnacht einen stärkeren Angriff. Der Kampf dauerte von elf Uhr nachts bis drei Uhr morgens. Die Annäherungsversuche der Russen wurden durch unsere Artillerie und Maschinengewehrfeuer abgewiesen; namentlich war das Artilleriegeschicht teilweise sehr intensiv.

Gegen England.

Widerung der englischen Pressegenossenschaft.

Das englische Pressebureau teilt mit, daß die Zensur des auswärtigen Amtes aufgehoben ist. Die Verantwortung für die Veröffentlichung von Nachrichten auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten liegt zukünftig bei den Direktoren der Zeitungen und Nachrichtenagenturen.

Der Balkankrieg.

Die Verfolgungskämpfe am Bardar.

Unsere 13. Dezember wird der bulgarische amtliche Heeresbericht vom 11. bekanntgegeben. Er lautet: Wir setzen heute die Verfolgung der englisch-französischen Truppen auf beiden Ufern des Bardar in der Richtung Gwogheli-Doiran fort. Diejenigen Teile unserer Streitkräfte, welche auf dem rechten Bardar-Ufer vorrückten, griffen die Franzosen auf der ganzen Front an und nahmen deren Stellungen bei den Dörfern Miletsowo und Smokawiza, bei der Höhe 720 südwestlich Kawanag, im Sturm. Die 122 französische Division, die aus den Regimentern Nr. 45, 84, 148 und 284 zusammengesetzt war und an diesem Mittags operierte, erlitt große Verluste an Verwundeten, Toten und Gefangenen. In einem einzigen Schützengraben bei Miletsowo wurden 100 Leichen gefunden. Die Kavallerie, die die Flanke unserer Armeen deckt, griff bei dem Dorfe Regorizi ein französisches Bataillon an, das sie zersprengte, wobei sie dessen Kommandanten gefangen nahm. Unsere auf dem linken Ufer des Bardar operierenden Abteilungen warfen mittels eines kräftigen Angriffs die englisch-französischen Truppen aus der nonihaen auf der Linie Tosa-Berg-Cote 51-Dorf Bebeli-Cote 60-Cote 610 ausgehauene Stellung, die sie besetzten. Die Engländer zogen sich nach Südosten in der Richtung des Dorfes Bagdants zurück. Die englisch-französische Stellung beim Dorfe Furka wurde mittels Bajonetangriff erobert. Die mazedonische Division, welche dem Feinde in diesem Abschnitt nachfolgte, durchdrang im Laufe der Verfolgung die Front der englisch-französischen Truppen, nahm das Dorf Bagdants und schritt auf diese Weise den französischen Abteilungen, welche zwischen dem Kollabere-Fuß und dem

Wardar operierten, von den Engländern, die sich südlich von Furka an den Doiran-See zurückzogen, ab. Wir machten zahlreiche Gefangene, darunter 5 Offiziere. Die Gefangenen und Toten gehören zum Teil der englischen Armee und der Division des Generals Bailoud, welche die französischen Infanterie-Regimenter Nr. 175, 176 sowie zwei Juvenregimenter umfaßt, an. Gegen zwei Uhr nachmittags stand Gwogheli in Flammen. Die Verfolgung dauert fort und bezweckt die Einnahme der Städte Gwogheli und Doiran.

Gegnerische Berichte über den Rückzug.

Reuter meldet: Die Bulgaren behinderten Sonnabend den Rückzug nach der neuen Front nicht. General Mahon beschränkte sich mit General Bailoud. Es herrscht eine vollständige Uebereinstimmung unter den Generalen der Verbündeten über die bezüglich des Rückzuges zu ergreifenden Maßregeln. Montag war wieder eine Konferenz zwischen den Vertretern des griechischen Generalstabes und General Sarrail. Die Besprechungen werden geheim gehalten.

Reuters Sonderberichterstatter bei den französischen Truppen in Mazedonien meldet vom Freitag aus Saloniki, daß die Franzosen sich in völliger Ordnung auf Gradeg zurückzogen. Sie zerstörten dabei Tunneln und Brücken, um den Aufmarsch der Bulgaren aufzuhalten. In Gradeg wurde ein neuer Brückenkopf angelegt. So war die Lage der französischen Armee vor zwei Tagen. Das englische Kriegsministerium berichtet: Nach heutigen Angriffen durch den überlegenen Feind gelang es der zehnten Division mit Hilfe von Verstärkungen vom Doiran-See in westlicher Richtung nach dem Wardar-Tal zurückzugehen und im Anschluß an die Verbündeten eine starke Stellung zu besetzen. Da die Strecke sehr verhängig war, wurde es notwendig, acht Geschütze an einer Stelle aufzustellen, von wo sie beim Rückzuge nicht wiedererkost werden konnten. Unsere Verluste betragen ungefähr 1500 Mann.

Auf Skutari und Podgorica.

Aus dem k. k. Kriegerquartier wird gemeldet: Die auf montenarinischem Boden vorgebrachten österreichisch-ungarischen Kolonnen gewinnen in der Richtung des oberen Eimales sichtlich Raum. Westlich von Spok wurde auf der die Bitriha begleitenden Straße die Ortschaft Stara Rugova im Kampf mit Serben erobert. Die fliehenden Serben, die den Anmarsch an ihre Hauptkolonnen verloren haben, ergeben sich in steigender Zahl. Auf den Straßen, auf denen die Serben fliehen, findet man Kriegsmaterial und Geschütze vergraben, die systematisch geborgen werden. Uniere am weitesten nach Westen vorgerückte Kolonne ist von Skutari und von Podgorica nur noch 80 Kilometer entfernt.

Zur russisch-rumänischen Grenzverfechtung.

Sind neue scharfe Maßregeln ergriffen worden. Rumänische Postbeamte dürfen die Eisenbahnwaggons auf russischem Gebiete nicht verlassen und müssen nach Erledigung der amtlichen Angelegenheiten sofort zurückkehren. — In Rumänien broht Papiermangel. „Minerva“, „Scara“ und „Bukarester Abend“ schränken bereits den Umfang ein. Die Verleger verlangen die Aufhebung des Papierzolles. Die Blätter vertränten die Leser, indem sie sagen, Italien sei in gleicher Lage.

Der Seekrieg.

Zwei englische Hilfskreuzer vernichtet.

Über Usen wird aus Mytilene gemeldet: Einige Seemeilen von der Insel entfernt liegen zwei englische Hilfskreuzer, die Patrouillendienst versehen, auf eine Mine auf und sind mit der Besatzung verjunken.

Torpediert.

Der britische Dampfer „Pinegrove“ (2847 Brutto-Register-Tonnen) ist versenkt worden. Die Besatzung von 22 Mann wurde gerettet.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Zur Abberufung der deutschen Gesandtschaftsattache in Washington.

Aus New York berichtet der Vertreter des Russischen Bureaus: „Associated Press“ meldet aus Washington, Staatssekretär Lansing habe amtlich erklärt, das Ersuchen um Abberufung der deutschen Attache Bog-Eb und von Japan gründe sich lediglich auf deren militärische Betätigung. Der Präsident schießt vollständig dem russischen Antrag zu. „Tribune“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement erklärte wiederholt, daß Einzelheiten und Nachrichtenquellen in der Angelegenheit Bog-Eb und von Japan keinesfalls mitgeteilt werden würden. Es würde gegen die beiden Attaches keine Beschuldigung wegen Teilnahme an einer Verschwörung erhoben werden. Der Umstand, daß Bog-Eb der deutschen Forderung nach Mitteilung der Gründe teilweise entsprochen habe, werde in Washington als ein Jugendverstoß im Hinblick auf die freundschaftlichen Beziehungen angesehen.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Nachricht von dem Verlangen der Regierung in Washington nach Abberufung des deutschen Militärattaches und des Marineattaches wurde durch die Mitteilung ergänzt, daß das Verlangen keinen politischen Hintergrund habe. Ohne der Beurteilung der Sache im einzelnen vorzugreifen, sei zum Verständnis der Situation, die zu einem derartigen Wunsch einer Regierung geführt hat, mit der wir in durchaus freier Beziehung stehen, auf folgende hingewiesen: Jedermann weiß, was schwierige, eigenartige Fragen schon seit längerer Zeit die öffentliche Meinung beider Länder und beide Regierungen beschäftigten. Es ist leicht ersichtlich, daß sich hierbei auch einmal Schwierigkeiten ergeben können, die wie Ursache in einzelnen Persönlichkeiten, ihrer subjektiven Haltung oder Auffassung haben, und daß diese Schwierigkeiten dann bei der anderen Regierung den Wunsch erzeugen, daß die betreffenden Persönlichkeiten abberufen werden. Es liegt im Wesen des diplomatischen Betriebes, daß man derartige Wünsche zurückhält, um eine glattere Erledigung der tatsächlichen Angelegenheiten zu fördern. Der Wille als die Ursache auf einzelne Persönlichkeiten sind die Beziehungen zwischen den Regierungen. Darum wird man dieses Dörf bringen und die diplomatischen Persönlichkeiten abberufen, mit denen die andere Regierung aus dem oder jenem Grunde in den in Schwere befindlichen Angelegenheiten nicht einträglich weiterarbeiten zu können glaubt. Die Abberufung ist dann ein Akt internationalen Einverständnisses, weiter nichts.

Die schwedische Post beschlagnahmt.

Kapitän Holt von dem in Kopenhagen von New York angekommene britische Postdampfer „Hellig Olaf“ berichtet, daß in Kopenhagen, wofür das Schiff beschlagnahmt worden war, die ganze schwedische Post, 300 Säcke, nach Kopenhagen abtransportiert, beschlagnahmt worden sei.

nahmt worden sei. Weiter berichtet Kapitän Holt, daß sich unter den Passagieren auch ein Oesterreicher mit nur einem Arm befand. Dieses Geschrehen hinderte die Engländer aber nicht, den Krüppel von Bord zu holen.

Die „Ancona“-Note.

Der Text der Note der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn über die Versenkung der „Ancona“ lautet wie folgt:

Es liegen verlässliche Informationen von amerikanischen und anderen überlebenden Passagieren der „Ancona“ vor, die zeigen, daß das U-Boot, welches die österreichisch-ungarische Flagge führte, auf dem Dampfer „Ancona“ und der Dampfer deshalb zu entkommen trachtete. Ferner, daß nach kurzem Zeitraum, die noch die Besatzung und die Passagiere alle in jenseitigen Booten, die Boote zu besteigen, das U-Boot eine Anzahl von Geschossen auf das Schiff abfeuerte, es schließlich torpedierte und verjunkte, während noch Passagiere an Bord waren. Durch das Geschütze und durch den Untergang des Schiffes verloren viele Personen ihr Leben und wurden ernstlich verletzt, darunter befanden sich auch Bürger der Vereinigten Staaten. Die Erklärung des österreichisch-ungarischen Marinestabes über den Vorfall bestätigt im großen ganzen die hauptsächlichsten Erklärungen der Überlebenden, da sie zugibt, daß die „Ancona“, nachdem sie beschossen war, torpediert wurde, während sich noch Personen an Bord befanden. Die österreichisch-ungarische Regierung nennt aus der Korrespondenz zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich des Gebrauchs von Unterseebooten zum Angriff auf Handelschiffe und weiß, daß Deutschland dieser Auffassung Rechnung getragen hat. Trotzdem brachte der Kommandant des Unterseebootes, das die „Ancona“ angriff, die Besatzung und die Passagiere des Schiffes, das zu zerstören beabsichtigt war, nicht in Sicherheit, offenbar weil man es nicht als Priese in einen Hafen bringen konnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält dafür, daß der Kommandant des U-Bootes die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzt hat, indem er die „Ancona“ beschoss und torpedierte, ehe die Personen an Bord in Sicherheit gebracht waren, oder ihnen genügend Zeit gegeben war, das Schiff zu verlassen. Das Vorgehen des Kommandanten kann nur als mutwillige Tötung schuldloser Nichtkämpfer aufgefaßt werden, denn das Schiff leistete, als es beschossen und torpediert wurde, anscheinend keinen Widerstand und versuchte auch nicht zu entkommen. Keine andere Ursache wäre eine genügende Entschuldigung für einen solchen Angriff, selbst nicht das Bestehen der Möglichkeit einer Rettung. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt deshalb an, daß der Kommandant des U-Bootes entweder gegen seine Instruktion handelte oder daß die österreichisch-ungarische Regierung den Kommandanten des U-Bootes nicht solche Instruktionen gegeben habe, die mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit übereinstimmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten will nicht letzteres annehmen und der österreichisch-ungarischen Regierung die Absicht zuschreiben, hilflos Leben zu zerstören. Sie glaubt eher, daß der Kommandant des U-Bootes ohne Auftrag und gegen die Instruktionen, die er erhielt, handelte. Da die guten gegenseitigen Beziehungen beider Länder auf Beobachtung des Gelehes und auf Menschlichkeit beruhen müssen, kann man von den Vereinigten Staaten nichts anderes erwarten, als daß sie verlangen, daß die kaiserlich-königliche Regierung die Versenkung der „Ancona“ als ungesetzliche und unverantwortliche Tat bezeichne, daß der Offizier, der sie beging, bestraft und daß Schadenersatz für die getöteten und verwundeten amerikanischen Bürger durch Zahlung einer Vergütungsumme geleistet werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Schwere des Falles einsehen und allen Menschen prompt nachkommen wird. Sie glaubt deshalb, weil sie nicht annimmt, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Handlung gut heißt und verteidigt, die von der Welt als un-menschlich und barbarisch verurteilt wird und allen zivilisierten Völkern schrecklich erscheint und den Tod unschuldiger amerikanischer Bürger verursacht hat.

Wie verlautet, wird die Antwort Oesterreich-Ungarns auf die „Ancona“-Note in längstens einer Woche erwartet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 14. Dezember.

Der Arbeitsmarkt im Monat November. Die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften zu befristeten wird immer schwächer, besonders dann, wenn sofortige Erledigung erforderlich ist. Es wurden gemeldet: 760 (Monat Oktober 880) Arbeitsuchende, 675 (850) offene Stellen, 434 (566) besetzte Stellen. In der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate wurden für gelehrte Berufe 96 offene Stellen gemeldet, während 16 Stellen nur besetzt werden konnten. Demgegenüber konnte die Nachfrage nach Maschinisten, Feilen und Fabrikarbeitern aller Art in der Hauptsache erledigt werden. Die übrigen Zweige des Arbeitsmarktes bieten zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. — Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt konnten vor 728 (Monat Oktober 826) Arbeitsuchenden nur 326 (402) Beschäftigung erhalten. 345 (445) offene Stellen wurden gemeldet. Insbesondere Fabrikarbeiterinnen wurden angefordert (118) und in der angeforderten Zahl auch fast sämtlich vermittelt. Ein Arbeitsangebot an weiblichen Arbeitskräften besteht bei den Dienstboten und dem Hauspersonal aller Art. Von 182 Stellungsuchenden konnten nur 53 vermittelt werden.

Zurückstellung von Angestellten und Arbeitern. Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Die so häufig bei dem Generalkommando und den Bezirkskommanden vorgebrachten Klagen, daß Angestellte und Arbeiter von Firmen, die im Heeres- oder öffentlichen Interesse arbeiten, trotz beantragter Zurückstellung demnach eingezogen würden, beruht fast ausschließlich auf mangelhafter oder verspäteter Antragstellung. Es sei daher nochmals darauf hingewiesen, daß die Gesuche zeitig genug bei dem zuständigen Bezirkskommando einzureichen sind und daß alle Firmen, welche mehrere Personen rekrutieren, die bei verschiedenen Bezirkskommanden in Kontrolle stehen, jedem der in Frage stehenden Bezirkskommanden die vorgezeichneten Listen A und B einzureichen haben.

Angekommene Weihnachtsgeschenke. Die Begleiter der für das Regiment Lübeck bestimmten Weihnachtsgeschenke haben dem Enar telegraphisch mitgeteilt, daß sie die ihnen anvertrauten Gaben und Geschenke dem Regiment übergeben haben.

Postfreiheit für Feldpostsendungen im Bereiche mit Dänemark, der Schweiz, Spanien und Uruguay. Nach Dänemark, der Schweiz, Spanien und Uruguay werden Feldpostkarten und Feldpostbriefe bis zum Gewicht von 50 Gramm einschließlich, die von Angehörigen des Heeres an ihre in den genannten Ländern wohnenden Familienmitglieder, und zwar an die Ehefrau, Eltern, Großeltern, Kinder und Geschwister gerichtet sind, portofrei befördert. Die hienach portofreien Sendungen nach den betreffenden Ländern sollen den Namen des Absenders und in der Regel den Abdruck eines militärischen Stempels (Soldatenbriefstempel) tragen. Auf Feldpostsendungen im Gewicht von mehr als 50 Gramm sowie auf solche, die nicht an Mitglieder der engeren Familie des Absenders gerichtet sind, erstreckt sich die Postfreiheit nicht. Feldpostbriefe nach dem Ausland müssen offen ausgeliefert werden.

Das eigenhändige Testament. Schon bald nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches haben die Gerichte entschieden, daß im Gegenfall zu der im früheren Gebiet des französischen Rechts üblichen Praxis ein eigenhändig geschriebenes Testament unzulässig ist, wenn nicht das ganze Datum einschließlich der Ortsbezeichnung mit der Hand geschrieben, sondern, wie es nicht selten geschieht, ein Bogen Papier benutzt worden ist, auf dem der Text vorgedruckt ist. Obwohl in der Sache schon häufig hierauf hingewiesen worden ist, kommt der

Die Lebensmittelfrage vor der Reichshaushaltskommission.

(Sitzung vom 11. Dezember.)

Die Kommission wendete sich nunmehr der Beratung der Anträge zu, die die Mehl- und Getreideversorgung betreffen. Die Sozialdemokraten beantragten, zunächst für die Dauer des Krieges und solange besondere Maßnahmen für die Sicherstellung der Volksernährung erforderlich sind, die Nacharbeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, ferner die Arbeit an Sonn- und Feiertagen für alle Getreidemöhlen zu verbieten. Soweit dies für die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung erforderlich ist, können die Landeszentralbehörden von diesem Verbot Ausnahmen gestatten. Die Nationalliberalen fordern eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlenbetriebe — auch der mittleren und kleineren. Die Konservativen verlangen, daß die Überwachungsbehörden, deren Mühlen nicht genügend beschäftigt sind, statt Getreide Mehl abliefern dürfen. Die Freikonservativen wollen die mittleren Mühlen mehr beschäftigt wissen. Eine Resolution der Konservativen fordert eine andere Regelung der Bemessung von Hinterlorn.

Abg. Gotthein bespricht die Kommissionsgebühren für den Ankauf von Getreide. Wir müssen unbedingt sehen, daß die Brotkrone, namentlich für die Bergarbeiter, erhöht werden. Die Entzerrgebnisse seien zweifellos besser, als nach der mangelschlechten Berechnung angenommen wurde. Die Landwirtschaft sollte auf diesem Gebiete eine recht merkwürdige „Zurückhaltung“ üben zu wollen. Aufgabe des preussischen Landwirtschaftsministers wäre es, diesen Dingen mit aller Schärfe auf den Grund zu gehen, um die vorhandenen Vorräte genau festzustellen. Auf die vorgeschriebene Streckung des Roggenmehls durch Weizenmehl könne man ohne weiteres verzichten. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen sei berechtigt.

Abg. Kappeler (Soz.): Die Reichsgetreidekasse arbeitet zu teuer. Die Spannung zwischen den Getreide- und den Mehlpreisen ist nicht berechtigt, nur trifft daran die Reichsgetreidekasse nicht die Schuld. Sie ist mit Speisen und Gebühren belastet, die durch nichts begründet sind. Verteuernd wirkt die große Zentralisation des Handels, die im Anfang berechtigt war, heute aber einer Dezentralisation Platz machen könnte. Die R.-G. müßte weniger Handels- als Ausgleichsorganisation sein. Die Aufbewahrung des Getreides könnte man ruhig den Kommunalverbänden überlassen. Die R.-G. braucht nicht als Käufer des Getreides aufzutreten, sie soll nur den Ausgleich regeln. Den Mühlen z. B. fällt es im Frieden gar nicht ein, nach der Ernte das ganze Getreide zu kaufen und zu lagern; sie kaufen einfach nach Ablauf. Die Reports sind nicht berechtigt. Die Kommissionäre erhalten im Frieden pro Tonne 3 Mark. Heute ist das Getreide dem freien Verkehr entzogen, die Landwirte müssen das Getreide abliefern, trotzdem zahlt man 6 bis 7 Mark Gebühr und noch Zuschläge. Ein solcher Kommissionär habe im Vorjahre täglich bis zu 420 Mk. verdient. Große Rücksicht auf den Handel brauche nicht genommen zu werden. Auf die Mühlen habe man auch keine Rücksicht genommen. Die Sachlehrgeldgebühr ist nur bei Bezug berechtigt. Redner gibt interessante Beispiele für die Art, wie es die Algarier verstanden haben, sich durch die Hergabe der Säcke noch besonders zu bereichern. Das Mehl müsse und könne verbilligt werden, u. a. auch dadurch, daß man die unberechtigten Speisen beseitigt. Statt dessen habe man das an die Muehlfabriken gekaufte Mehl verteuert. Die R.-G. fordert 48 Mk. für den Doppelzentner, die Mühlen liefern ihm mit 36 Mk.! Die R.-G. verteuert diese Prozesse um dreißig Millionen Mark im Jahre. Die R.-G. hat auf von ihr gekauften Mehl große Zuschläge gelegt, die eigentlich als Wucher bezeichnet werden müßten. Die Mühlen sind nicht die Preisreiber, denn sie erhalten nur ihre Muehlöhne. Die Regierung muß dafür sorgen, daß wir gleichmäßig niedrige Preise für Brot bekommen. Die R.-G. hat große Mengen Getreide veräußert, die zu 30 Mk. pro Doppelzentner an die Landwirte abgegeben wurden; den Schrotmüllern hat man statt der üblichen 10 Mk. 20 Mk. Lohn bezahlt. Man hat große Mengen absolut guten Weizens veräußert, sie also statt zu Brot zu Viehfutter verwendet. Die Lage der Mühlen ist, mit Ausnahme einiger Großmühlen, eine trostlose. Tausende von Mühlen haben still, Tausende arbeiten nur mit beschränktem Betrieb. Ein Ausgleich in der Beschäftigung kann gefunden werden, wenn man die Sonntags- und die Nacharbeit in den Mühlen verbietet. Die Getreidevorräte müßten auf alle Mühlen verteilt werden. Die Muehlöhne sind auskömmlich, eine Erhöhung wäre nicht zu rechtfertigen. Die konservativ-revolutionäre Partei auf eine Stilllegung der Großmühlen hinaus. Derartige Maßnahmen sind entschieden zu bekämpfen.

Zum Teil sind allerdings die in Verbänden vereinigten Mühlen selbst mit Schuld, weil sie versucht haben, die R.-G. zu boykottieren.

Abg. Böhme (Nat.) fordert eine Statistik über die Beschäftigungsmöglichkeit der Mühlen.
Abg. Schweißhardt (Fortf.) tritt für eine größere Berücksichtigung der kleineren und der mittleren Mühlen ein. Zur Erreichung dieses Zweckes müssen aber die Anschlußbedingungen geändert werden. Wenn Getreide und dann wieder das Mehl von einem Ende Deutschlands nach dem anderen transportiert werden muß, dann wirkt das verteuert.

Unterstaatssekretär Michaelis meint, daß die jetzige Regelung der Brotkrone ausreichend ist. Die Arbeiter der schweren Industrie erhalten bereits mehr Brot. Es ist jetzt Vorsorge getroffen, daß der Ausbruch des Getreides durch besondere militärische Dresch-Kolonnen in den einzelnen Kreisen erfolgt. Die R.-G. leidet besonders unter der ausgedehnten Selbstbewirtschaftung. Daß die R.-G. verteuert wirkt, ist nicht zutreffend. Der bayrische Wirtschaftsrat kann das Mehl auch nicht billiger liefern. Eine Verringerung im System der Kommissionsgebühren ist nicht möglich, wohl aber ist man bestrebt, eine Verringerung der Betriebskosten herbeizuführen. Die Reports sind dadurch gerechtfertigt, daß das Getreide im Laufe der Zeit leidet. Wenn im Handel Schiedungen vorgekommen sind, so lag das vermutlich vor Gründung der Kriegsgetreidegesellschaft. Die R.-G. muß gewisse Aufschläge nehmen, um die Kosten der nötigen in Reserve zu haltenden Vorräte zu decken. Das Brotmehl wird dadurch nicht verteuert. Die Verteuerung des Mehles für Reis, Lebkuchen usw. ist berechtigt; wer sich heute solche Dinge leisten kann, der soll auch mehr bezahlen. Die Preissteigerung in den Mehl- und Brotpreisen ergibt sich aus der Verschiebung der Organisation. Die R.-G. liefert das Mehl überall zu den gleichen Preisen, es kann also nur sein, daß die Kommunen Zuschläge erheben. Sobald es möglich ist, sollen die Preise weiter herabgesetzt werden. Daß Getreide verschrotet wurde, war eine Notwendigkeit, um die Fleischversorgung des Volkes zu heben. Daß etwas gutes Getreide darunter war, ist richtig, aber es trifft nicht zu, daß man das Getreide den Menschen entziehen wollte, um es den Schweinen zu geben. Wollte man alle Mühlen berücksichtigen, so müßte man den Mehlkonsum ganz bedeutend erhöhen. Das würde zu einer Verteuerung des Mehles führen. Gegenwärtig sind 331 Mühlen angeschlossen, mit einer größeren Zahl ist nicht zu arbeiten. Würde man nur eine kleine Anzahl Großmühlen voll beschäftigen, dann könnte man das Mehl noch etwas verbilligen. Die Nacharbeit muß im Bereiche der Möglichkeit bleiben, denn unter Umständen kann sie sich als notwendig erweisen. Am besten ist es, jetzt an der Muehlpolitik nichts zu ändern, wenn es möglich ist, dann sollen die mittleren und kleinen Mühlen berücksichtigt werden.

Abg. Behrens (Wirtsch. Ber.) fordert höhere Brotkrone für die Fortarbeiter.

Abg. Koeslitz (Konf.) bezweifelt, daß die größeren Mühlen, die mit hohen Frachtsätzen zu rechnen haben, billiger arbeiten können, als wie die mittleren oder die kleinen Mühlen. Die Abgabe, die den Landwirten gemacht werden, wenn sie feuchtes Getreide liefern, sind zu hoch.

Staatssekretär Helfferich warnt davor, immer neue Aufgaben zu Unterhaltungsarbeiten zu beschließen. Das Reich könne das nicht leisten.

Damit ist dieser Teil der Diskussion erledigt, über die Anträge wird später abgestimmt.

Abg. Stübendorf (Konf.) bespricht eine Verordnung, die den Ankauf möglichst vieler brauchbarer Bodenflächen anstrebt. Diese Verordnung ist bedenklich, denn beim Dingen solcher Flächen werden Düngemittel unwirtschaftlich vergeudet. Der Aufwand steht dann in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Staatssekretär Helfferich macht vertrauliche Mitteilungen über die Versorgung mit Stroh.

Abg. Gotthein begründet einen fortgeschrittenen Antrag auf ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln. Die Verordnung betreffend Einschränkung des Anbaues von Rüben muß schleunigst aufgehoben werden.

Die Beratung wendet sich nun der Getreidefrage zu.
Abg. Koeslitz begründet einen konservativen Antrag, in dem verlangt wird, daß Landwirten, die eine Winterente gehabt haben, die Getreide befreit werden soll. Nach einer Bundesratsverordnung muß die Hälfte der Getreide abgeliefert werden. Den Kommunen soll weiter das Recht gegeben werden, Getreide selbständig zu verarbeiten zu lassen.

Abg. Hoch (Soz.) erörtert die Malzkaffee-Frage.
Präsident Kauz erklärt das Verlangen, die Getreideverordnung im Sinne des konservativen Antrages für formell gültig. Sei der nicht sehr reichlichen Ernte an Getreide ist die Erfüllung dieses Wunsches aber nicht durchzuführen. Die Reichsgetreidekasse

ist aber angewiesen worden, bei besonderen Härten Nachsicht zu üben. Auch das andere Verlangen der Konservativen ist nicht durchführbar. Den Fabrikanten von Malzkaffee und anderen Getreideerzeugnissen sind die Bedingungen genau vorgeschrieben. Die Preise sind zwar hoch, das hängt aber mit den hohen Preisen für Getreide zusammen.

Abg. Hoch hält es für ganz erfreulich, wenn Preise vorgeschrieben werden. Die Malzkaffee-Fabrikanten haben zu 62 Mk. geliefert, sobald sie aber mit der Zentrale in Verbindung getreten waren, ist der Preis sofort um 10 Mk. erhöht worden — ohne jeden rechtfertigenden Grund.

Ein Vertreter der Regierung erklärt, dieser Preis sei festgesetzt worden auf Grund der Angabe der Fabrikanten, die am Pfund 2 Pfennig Reingewinn haben. Der Großist verdient ebenfalls 2 Pf., der Händler 8 Pf.

Abg. Weikard (Konf.) warnt davor, den Fabrikanten zu viel Glauben zu schenken. Der Kommunalverband des Reinetz habe im eigenen Auftrag hergestellte Getreide-Produkte mit 30 Pf. pro Pfund verkaufen können, die von Fabrikanten mit 1 Mk. angeboten wurden.

Zur Kartoffelfrage liegen folgende Anträge vor: Die Sozialdemokraten beantragen:

a) Die Kartoffelversorgung ist durch neue strikte Durchführung der Entzerrung sicherzustellen. Die dem Abgabebeweg unterliegende Menge muß bis zu 50 Prozent des Bestandes ohne Berücksichtigung künftiger Vorräte erhöht werden, wobei der notwendige Bedarf für die Viehhaltung des eigenen Betriebes zu berücksichtigen ist. Bei der Lieferung darf die gute Kartoffel nicht zurückgelassen werden.

b) Der Transport der Kartoffeln ist durch Frachtermäßigung und eine genügende Bereitstellung von Eisenbahnwagen zu erleichtern.

c) Soweit die Herbeischaffung der Kartoffeln durch Mangel an Arbeitskräften erschwert wird, ist durch Bereitstellung von Gefangenen Ertrag zu schaffen.

d) Für Fabrikkartoffeln gilt der Höchstpreis für Speisekartoffeln mit einem Abzug, der dem geringeren Stärkegehalt der Kartoffeln entspricht. Vom 1. Januar 1916 ab wird der Höchstpreis für solche Speisekartoffeln, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 von den Landwirten bei der Reichsgetreidekasse oder ihren Organen angemeldet sind, um 25 Proz. herabgesetzt.

e) Es ist eine Frist zu bestimmen, bis zu der die Gemeinden die Höchstpreise für den Kleinhandel einführen müssen.

Die Konservativen wollen, daß auf die fest zu stellenden Mengen alle Kartoffeln anzurechnen sind, die der Erzeuger von seiner diesjährigen Ernte nachweislich als Speisekartoffeln verkauft hat.

Das Zentrum fordert Erweiterung der Beschlagnahme über die Grenze von 20 Prozent Ertrags.

Abg. Chert (Soz.): Die Verteuerung in der Bevölkerung ist ganz wesentlich auf die Zustände auf dem Kartoffelmarkt zurückzuführen. Die Regierung hat diese Frage behandelt wie heißes Eisen. Sie wollte weder Höchstpreise noch Beschlagnahme. Die Folge waren hohe Preise, und als man endlich zu spät eingriff, kostete man Erzeugerpreise fast, die viel zu hoch waren. 2,50 Mark pro Zentner wäre richtig gewesen. Es ist falsch, zu behaupten, für Kartoffeln hätten wir Friedenspreise. Die Landwirte liefern heute unsortierte, teilweise direkt schlechte Kartoffeln. Am schlimmsten war es im Westen, wo sich die Bauern direkt geweigert haben, zu den Höchstpreisen zu verkaufen. In Landshut (Sachsen) konnte man nicht einmal für 3,20 Mark Kartoffeln kaufen. Die neue Verordnung geht zwar etwas weiter, sie beseitigt aber die Missetände nicht, denn die Landwirte werden im Frühjahr wieder nur noch Saatkartoffeln zu höheren Preisen verkaufen. Wir haben deshalb beantragt:

Vom 1. Januar 1916 ab wird der Höchstpreis für solche Speisekartoffeln, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 von den Landwirten bei der Reichsgetreidekasse oder ihren Organen angemeldet sind, um 25 Prozent herabgesetzt.

Die Höchstpreise werden schon jetzt nicht beachtet. Die Stadt Ebersfeld hat in der Gifel pro Zentner 25 Pf. extra bezahlt müssen. Die Organisation bei der Zentralstelle scheint nicht richtig zu funktionieren, sonst hätte es nicht vorkommen dürfen, daß z. B. Berlin einige Tage ohne Kartoffeln war.

Abg. Böhme (Nat.): Wenn jetzt noch Kartoffeln zurückgelassen werden, kann liegt das daran, daß man im vorigen Jahre höhere Preise bewilligt hat, und darauf wird vermutlich jetzt wieder eingegangen.

Abg. Kretz (Konf.) macht den Frost dafür verantwortlich, daß teilweise keine Kartoffeln auf den Markt kamen. Die Höchstpreise sind nicht hoch, denn der Futterwert der Kartoffeln ist erheblich höher. Wie denken sich die Sozialdemokraten die Rationalisierung der Kartoffeln?

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkisch-Preussische Geschichte von Heinrich Schaumberger.

23. Fortsetzung.

15.
Ein Dorfregiment; wie die Unruhen zum Ausbruch kamen.

Bergheim war an diesem Sonntag in eigentümlicher Bewegung. Da und dort standen Männer im heimlichen Gespräch zusammen, und im Bergbauernhaus ging es aus und ein, wie in einem Laubenschlag.
Die einundzwanzig Gemeindegerechtigten waren eigentlich schon lange mit dem Dorfregiment unzufrieden. Nun findet man diese Unzufriedenheit zwar immer und überall, aber die Bergheimer hatten doch ihre besonderen Ursachen. Zunächst hatten sie den Türkenhener und den Kirchbauer — letzterer war Gemeindegerechtigter — im Verdacht, die Verwaltung des Gemeindeguts sei nicht sauber. Der Verdacht stützte sich darauf, daß seit Jahren keine ordentliche Rechnung abgelegt worden war. Mierlings kam jährlich die Gemeinde zur Abführung der Rechnung zusammen; dabei gab es jedoch einen freien Trunk, und das gute Bier, für das der Schulz stets treulich sorgte, nahm ihre Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch, daß die Gemeindegerechtigten so zornig sie auch gekommen sein mochten, dem Schulzen alles aufs Wort glauben, was er vorlas, nach Beweisen und Belegstücken gar nicht fragten und, wenn sie nicht einschleifen, froh aufzutreten, war endlich der „langweilige Kram“ vorüber! Am andern Morgen wußten sie dann so viel als zuvor — nur das war ihnen vielleicht dunkel in Erinnerung geblieben, daß eben wieder einmal die Einnahmen Null von Null ausgegangen waren. Verlangte später ein Nachbar Aufschluß über dies oder das, lachte ihn der Schulz ins Gesicht, „das hat Euch alles vorgelegen bei der Abführung, da hättet Ihr die Augen aufstun sollen, jetzt habe ich keine Zeit, in den Papieren zu tramen. Wozu auch?“ „s ist, wie's ist, und Ihr habt es selber mit genehmigt!“ Natürlich ward durch solche Vorwände das Mißtrauen nicht verringert.

Es kamen auch noch andere, gerechte Klagen dazu. Der Schulz und sein Herzogsfreund, der Kirchbauer, wurden mit der Zeit herrschsüchtig, eigenmächtig — gewalttätig. Dann und wann wütheten sie allem Widerspruch zum Trotz Maßregeln durch, deren able Folgen auch dem gedanklosesten Leichnam die Augen öffnen mußten über das mangelhafte Regiment. Ja — und das war das Schlimmste — sie mißbrauchten ihre amtliche Gewalt ungeachtet zu eigenem Vorteil. So ruinierte der Kirchbauer mit Hilfe des Schulzen die Heiderheideerdeute, brachte das Häuslein mehrmals zum Verfall und lud dadurch der Gemeinde zwei mittellose Familien auf, die voraussichtlich bald der Armenver-

waltung zur Last fallen würden. Das reizte auch die Geduldigen — das Heiderbüschgen ward zum Stein des Anstoßes fürs ganze Dorf. — Dennoch blieben der Schulz und Kirchbauer unbelaßtigt in Amt und Würden.

Bei dem großen Bräudenbau über den äußeren Arm der Wertha verkauften der Schulz und Kirchbauer an untertänigste Hofhändler ein bedeutendes Stück Hochwald aus dem Gemeindegut zur Deckung der Baukosten. Als es dann bei der Abführung der Gemeindegüter auch nur so im allgemeinen hieß, das ist für den Bräudenbau eingekommen, und das hat der Bau gefolgt — selbstverständlich blieb wieder nichts übrig — da sagte niemand ein Wort, nur wer seine fünf Sinne noch beisammen hatte, haßte vielleicht im Hosenfad die Faust! Dagegen erhob sich hinter dem Rücken der Dorfregenten ein arger Kumor, große Dinge wurden geplant. Der Kirchbauer und Schulz sollten zur Rechenschaft gezogen werden: man wollte sie zwingen, ihr Vermer niederzulegen, der Gemeinde allen Schaden zu ersetzen; obendrein sollten sie noch erbarmungslos bestraft werden. Das alles beschloß man durchzuführen „bei erster Gelegenheit!“

Wie man wünschte, geschah — die Gelegenheit blieb aus; wenigstens entschuldigten sich die Bergheimer Beschwörer damit vor ihrem eigenen Gewissen und unter sich — um alles in der Welt hätten sie nicht gestanden, daß sie sich vor dieser Gelegenheit fürchteten und Augen und Ohren zuhielten, sobald sie etwas merkten, was der erwarteten Gelegenheit nur von weitem ähnlich sah.

So blieben der Schulz und der Kirchbauer ungestört; über das Schimpfen und Drohen im Wirtshaus, das bei gewissen Gelegenheiten zum Beispiel bei der Kirme, der Schafwäße, bei dem Kinderfest, bei großen Leichentrüben usw. regelmäßig wiederkehrte und nicht selten mit einer Prügelei endete, machten sie.

Natürlich hätten die beiden dem allgemeinen Unwillen nicht auf die Dauer widerstehen können, hätten sie nicht da und dort Bestand, ja sogar Bundesgenossen gefunden; letztere freilich oft untreulich genug. Es kamen bei diesem Kampf eben auch gar viele persönliche Interessen und Meinungen ins Spiel, ist ja auch kein Regiment so schlecht, es hat doch seine Anhänger. Wenn sie auch im ganzen trozig und gewalttätig ihren Sinn durchführten, so schloß das nicht aus, daß sie auch wieder klug ihren Vorteil wahrzunehmen verstanden. Beide wußten sich dem und jenem gefällig zu erweisen, wo anders wirkten sie durch rechtzeitig angebrachte Drohungen. Der Schulz, ein reicher Mann, half besonders bereitwillig seinen hitzigsten Gegnern aus Verlegenheiten und stopfte ihnen so den Mund. Ihr Hauptmittelpunkt bestand aber darin, daß sie stets solche Leute in den Auskubig brachten, die sich entweder mit ihren Interessen verknüpfen ließen — wie der Bedenkphilippert — oder zu dumm und zu gutmütig waren, ihnen

ernstlich Verlegenheiten zu bereiten; — ein solches Muster war der Ottensmarkt. Nur einmal ließen sie sich überlisten, und wie sie auch toben mochten — der junge Bergbauer kam in den Auskubig.

Schon in der ersten Sitzung erkannten die Dorfregenten, daß ein gefährlicher Gegner in ihr Heiligum eingedrungen war. Und sie hatten sich nicht getäuscht! Der Bergbauer hatte sich in der Absicht wählen lassen, eine Wendung der Dinge herbeizuführen — bald fand er die schwachen Seiten seiner Gegner heraus, und als die Gefährte mit dem Schreiner Lorenz ihre maßlose Willkür und Ungerechtigkeit so recht scharf an den Tag legte, beschloß er ernstlich vorzugehen. Ganz unerwartet kam ihm der Bestand des Ottensmarkt, desto entscheidener nahm er die Sache in Angriff.

Aber als er die Nachbarn aufforderte, endlich einmal zusammenzutreten und ernsthaft durchzugreifen, hoben sie die Pelzkappen hin und her, trauten sich hinter den Ohren und meinten, das sei halt eine gar arg hohe Sache! Der Schulz und der Kirchbauer hätten nun einmal die Gewalt, wolle man sie antauchen, könne man sich allzu leicht die Finger verbrennen, und überdies sei es ein ungewisses Ding, was im besten Falle herauskomme. Der Schulz führt freilich ein schlechtes Regiment, und der Kirchbauer werde nicht mager vom Gemeindegut — aber im ganzen sei die Wirtschaft noch zu ertragen; was den Kirchbauer betreffe, so greife er seinem Nachbar in die eigene Tasche, und das Gemeindegut sei so groß! Dazu habe man sich an den Schulzen gewöhnt, ein neuer bringe neue Plage. Und der Lärm — der Lärm! Er, der Bergbauer, würde sich gar nicht stabilen, was das für einen Lärm in der Welt gäbe! — Das alte Lied, die alten Entschuldigungen, der „Gelegenheit“ aus dem Wege zu gehen. Nur der Herrnbauer und der Ungersbauer standen fest zum Bergjörg — aber was konnten vier Männer allein ausrichten? Wahrscheinlich wäre auch diesmal noch alles ruhig geblieben, hätte nicht der Schulz selber bei der Hausführung seinen Gegnern neue Waffen in die Hand gegeben.

Der Bergbauer säumte natürlich nicht, die Drohungen des Schulzen, die er vom Schreiner Lorenz erfahren, überall auszubringen. Das war nun selbst für die Geduld der Bergheimer zu viel! Ras, schrien alle einstimmig, nicht genug, daß er durch seine Laßigkeit die Gemeindegüter in Schaden und Kosten bringt, sollen wir auch noch seine Mantos ausputzen und tragen? Der Lärm soll ihm und dem Kirchbauer das Licht halten! Zwei arme Familien von außen haben sie uns schon aufgeladen, nicht zu denken der Einheimischen, die sie ruinierten, soll auch noch eine dritte ins Dorf kommen? Oh! Das Schneidershäusle hat dem Kirchbauer genug gewuchert — es's noch einmal zum Verfall kommt, reden wir auch ein Wort drein!

(Fortsetzung folgt.)

Präsident Rauz erörtert die Schwierigkeiten, die sich der Kartoffelversorgung entgegenstellen. Im vorigen Jahre ist die Reichskartoffelstelle fast im Ueberflusse gestanden. Ein Beschlag war es nur für die Reichskasse, die viel Geld verloren hat. Im Sommer haben die Sachverständigen erklärt, daß die Regierung nicht eingegriffen brauche. Deshalb ist zunächst nichts geschehen. Die Kartoffelernte ist spät eingebracht worden, dem Transport fehlten die Schwierigkeiten entgegen; deshalb der Mangel. Die Landwirte haben ihre Vorräte nicht zurückgehalten. Wo die Kartoffeln geblieben sind, das wisse man selber nicht. Redner trägt eine Statistik vor, aus der sich in der Tat ergibt, daß in fast allen Städten sehr große Mengen Kartoffeln angeliefert worden sind. Die Händler weigern sich einfach, den Bedarf auf den Markt zu bringen, weil ihnen die Preise nicht hoch genug sind. Jedenfalls hat die Reichskartoffelstelle getan, was getan werden konnte. Steigende Preise festzusetzen, ist nicht angängig.

Abg. Giesberts: Die Schwierigkeiten sind nicht zu verlernen, aber das ist nicht zu bestritten, daß die Regierung zu spät eingegriffen hat. Die Stadtverwaltungen haben offenbar sich ihrer Aufgabe auch nicht gewachsen gezeigt. Wenn es nicht anders geht, dann muß der Handel ausgeschaltet werden.

Abg. Hoch (Soz.): Selbstverständlich haben nicht alle Landwirte ihre Kartoffeln zurückgehalten. An der Preissteigerung sind die Spekulanten schuld, die den Bauern höhere Preise versprochen haben. Mit der vorgelegten Statistik ist nicht das zu beweisen, was bewiesen werden soll. Was geschieht hat, ist ein vernünftiger Arbeitsplan unter Ausschaltung des spekulativen Zwischenhandels. Die Preise hätten so festgesetzt werden müssen, daß darin ein Anreiz zum baldigen Verkauf gelegen hätte.

In der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Abg. Fißhede, Böhm und Koeslitz. Letzterer bestritt, daß die Landwirte mit Absicht schlechte Kartoffeln auf den Markt bringen. Die Kommunen müßten ein Kontrollrecht über die vorhandenen Kartoffelvorräte haben.

Abg. Wurm (Soz.) berechnet, daß die Kartoffel bei der Verteilung an die Spiritusfabriken sich mit 71 Pfd., beim Verkauf nur mit 55 Pfd. bemerkt. Sowohl Produzenten als auch Händler hatten Kartoffeln zurück. Diese Kartoffeln kommen sofort auf den Markt, sobald man die Preise zu einem bestimmten Termine herabsetzt. Die Höchstpreise dürfen sich nur auf gute Preisfortschritte beziehen, sind sie nicht sorgfältig sortiert, dann müssen die Preise herabgesetzt werden.

Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

In Hauptauschuß des Reichstags wurden gestern u. a. folgende Anträge angenommen: Erhöhen der Anträge der Fortschrittler auf Festsetzung einheitlicher Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für großer Bezirk und Einführung von Festkarten zur Regelung der Versorgung der Bevölkerung von Städten und Industriebezirken mit Butter und Speiseöl, sobald die Versorgung gesichert ist. Zweitens der Antrag der Konservativen auf Regelung der Verwendung von unentbehrlichen Lebensmitteln dahin, daß die für die minderbemittelten Volkskreise bestimmte Menge unter Einschränkung des Verbrauches der Wohlhabenden festgesetzt wird, in Verbindung mit dem Zentrumsantrag auf Ausgabe von Bezugskarten für alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen von unter 2000 Mark für Fleisch, Fett oder Gemüse bei den Gemeindeverwaltungen usw. zu ermäßigten Preisen. — Drittens der Antrag der Sozialdemokraten auf Verleihung des Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentral-Einkaufsgesellschaft und Abgabe der eingeführten Lebensmittel durch sie nur an die Behörden und an behördlich bestimmte Verteilungsstellen.

In der getriggen Sitzung erklärte der Unterstaatssekretär Freiherr von Stein, eine Einschränkung des Butterverbrauchs sei geboten. Wenn wohlhabende Kreise die Reichshöfen Tage nicht einhalten, so sei dies verwerflich. Die Reichshöfen Tage hätten aber gut gewirkt. In Wilmersdorf sei ein Rückgang des Fleischkonsums von 26 bis 27 Prozent eingetreten, bei der Frage der Reichszulüsse zur Produktion und Erziehung drückte der Staatssekretär Dr. Helfferich seine Bedenken aus, ob eine Beihilfung von Nahrungsmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung durch direkte Reichszulüsse erreicht werden könne. In Bezug auf Familienunterstützung sei er ganz bereit, wenn auch nicht allgemein, weiter entgegenzukommen. Hinsichtlich der Futtermittel lasse sich das Reich eine erhöhte Zufuhr angeeignet sein. Die Gemeinden sollten in den Stand gesetzt werden, Naturalzulüsse zu gewähren.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die ungenügende Antwort des Reichskanzlers. Die Wiener „Arbeiterzeitung“, die sich wiederholt mit der Friedens-Interpellation im Reichstage beschäftigt, vermißt in der Rede des Reichskanzlers, wie auch viele deutsche Parteiblätter, die bestimmte Auskunft über die Kriegsziele der deutschen Regierung, die in der sozialdemokratischen Interpellation gefordert wurde. In einem Leitartikel „Hoffnung und Furcht“ sagt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

„Immer wieder kommt die Betrachtung zu dem Punkte zurück: Wie ist es nur möglich, daß die Gegner die Kriegslage so glücklich verkennen können? Auch der Reichskanzler konnte daran nicht vorbeigehen. Herr v. Bethmann-Hollweg bekennt darauf, daß die phantastischen Kriegsziele der Gegner noch nicht aufgegeben seien; er liebt ihre Reden und magt nicht, ihnen zu nahe zu treten und ihre Forderungen etwa als Dummheit aufzuweisen.“

Kommt man der Wahrheit nicht näher, wenn man als Grund dieses unglücklichen Kriegswillens der Gegner nicht die Hoffnung an einen Sieg, vielmehr die Furcht vor den Bedingungen des Siegers erkennt? Hier kommt es nicht darauf an, was die Gegner reden; es verheißt wohl jeder, daß während eines Krieges die Menschen die Sprache nicht gebrauchen, um laziere Wahrheit zu verkünden. Es kommt darauf an, was aus den wirklichen Tatsachen geäußert werden kann, geäußert werden muß; denn daß die Staatsmänner der Entente lauter Schrecken und Entsetzungen sind, die sich in den eigenen Sack hineinschlagen und nur darauf aus sind, ihre Völker zu betrügen, wird sich nur der vermag, der kein Bedürfnis hat, über die Dinge ins Klare zu gelangen.

Man ist in der Rede des Reichskanzlers fäherlich nichts enthalten, was zu der Furcht vor ausbleibenden Eroberungsgelüsten Deutschlands irgendeine Verantwärtung böte; und es kann sein, daß die Staatsmänner der Entente es sogar noch genauer wissen, Deutschland strebe wirklich nur einen ehrenhaften Frieden an, der in sich die Bürgschaft seiner Tragfähigkeit hat. Aber da der Reichskanzler die Frage der Sozialdemokraten nicht beantwortet, die Bedingungen, unter denen er in Friedensverhandlungen eintreten möchte, nicht dargelegt hat, ist es der Entente möglich, ihre Völker mit der Furcht vor Deutschlands Anprüchen im Kriegswillen zu erhalten. Eine offene Vorlegung dessen, was Deutschland vom Frieden und im Friedensvertrage will, würde nun dieses Spiel unmöglich machen. Danach fragt man, wie berechtigt die sozialdemokratische Frage war und wie wenig erwidertreichend hier Gehör gefunden ist. Deutschland will nichts Unangenehmes und kann daraus sagen, was es will. Sagen es aber, was es will und sagt es, daß es die Gegner nicht verzeihen, nicht begünstigen, nicht zugrunde richten will, so werden die Kräfte, die in Frankreich und in England zum Frieden drängen, ge-

stärkt, so werden die verstockten Staatsmänner der Entente zum Einlenken und Verhandeln gezwungen. Deutschlands Kriegsziele und die Kriegsziele der Entente unterscheiden sich nämlich sehr: die der Entente leben und wehen im Lande Utopia; die Deutschlands, das eben gesiegt hat, stehen auf festem Boden. Darum glauben wir, daß der Reichskanzler sagen müßte, was Deutschland will; und daß dieses klare und deutliche Wort dem Frieden nicht schaden, ihn vielmehr vorbereiten und nähern würde.“

Kriegsdividende.

Die Schwarzwälder Großindustrie zu Turtwangen in Baden, die Aktiengesellschaft der Badischen Uhrenfabrik, welche im vorigen Betriebsjahre ihre Dividende ganz einstellte, verteilt jetzt 7 % aus einem Reingewinn, der den letztjährigen um 180 000 Mark übertrifft. Außer der Dividende wurden Abschreibungen von fast dreifachem Betrage gegen das Vorjahr gemacht. Die Arbeitslöhne sind gering.

Eine Regierungserklärung über die Behandlung der Sozialdemokratie in Baden.

Der badische Ministerpräsident v. Dusch gab in der Budgetkommission der badischen Zweiten Kammer namens der Regierung die Erklärung ab, daß sich die Stellung der badischen Regierung zur Sozialdemokratie angesichts der vaterländischen Haltung dieser Partei im gegenwärtigen Kriege geändert habe. Als Grundprinzip solle gelten, daß wegen der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei allein eine ungleiche Behandlung in staatsbürgerlicher Beziehung nicht stattfinden solle. Inzwischen sei bereits ein Sozialdemokrat zum Bezirksrat ernannt worden. Es müsse im monarchischen Staate daran festgehalten werden, daß ein Beamter antimonarchische Gesinnung nicht zeigen dürfe, weil dies mit dem Treueide unvereinbar wäre. Eine Untersuchung der politischen Gesinnung der Staatsbeamten werde aber nicht erfolgen. Der Finanzminister führte aus, daß die badische Staatseisenbahnverwaltung zur Einführung eines Eisenbahnreverses keine Veranlassung hätte.

Im Meininger Landtag

wurde ein freisinniger Antrag beraten, in dem die Staatsregierung ersucht wird, das Volksschulgesetz dahingehend abzuändern, daß die Fortbildungsschulpflicht für die gesamte männliche Jugend mit dem Ziel ihrer Erziehung zur Wehrhaftigkeit und staatsbürgerlicher Gesinnung auf das 17. und 18. Lebensjahr ausgedehnt wird. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich mit dem Antrage einverstanden, wenngleich aus ganz anderen Motiven wie der freisinnige Antragsteller Enders. Nach längerer Debatte, in der sich nur ein Bauernbündler für Ablehnung aussprach, wurde der Antrag auf sozialdemokratischen Vorschlag der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Ein sozialdemokratischer Antrag, zur Reichsunterstützung an Kriegsfamilien 50 Prozent Zulage zu gewähren, wurde zurückgezogen, nachdem ein bürgerlicher Antrag angenommen war, der „genügende“ Unterstützung wünscht und die Regierung erklärt hatte, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages wirken zu wollen. Die Staatsbeamten und -arbeiter erhalten für 1 Kind 6 Mk., für weitere 3 Kinder 3 Mk. monatliche Zulage.

Oesterreich-Ungarn.

Die Regierung und die polnischen Revolutionen. Die österreichische Zeitschrift „Polen“ veröffentlicht den Wortlaut der nachfolgenden vom I. und K. Kreiskommando in Petrikau an die Schulverwaltungen des Bezirks gerichteten Verordnung: „Es wird der Schulverwaltung zur Kenntnis gebracht, daß es zulässig ist, am 29. November, als dem Jahrestage der polnischen Revolution vom Jahre 1830/31, eine Schulfest zu veranstalten. Insofern die Schulverwaltung gewillt ist, eine Feier zu veranstalten, sollen die Kinder um 10 Uhr vormittags sich in einem größeren Saal versammeln, wo ein Lehrer eine Ansprache oder einen Vortrag halten soll, worauf Gesangsproduktionen und Vorträge der Kinder zu folgen haben.“ — In ähnlicher Weise können der Jahrestag der Revolution vom Jahre 1863 und die Verfassung vom 3. Mai 1791 gefeiert werden.

Asien.

Kaiser Juanshikai. Juanshikai nahm den Thron von China unter der Bedingung an, daß die Regierungsform bis zum nächsten Frühjahr unverändert bleibe.

Aus der Partei.

Ein Pronunziament.

In der „Leipziger Volkszeitung“ ist zu lesen: Die Erklärung der Fraktionsmitglieder, die sich auf den Boden der Erklärungen des Genossen Haase stellen — es sind inzwischen 33 geworden —, können wir leider nicht im Wortlaut wiedergeben. Es ist bedauerlich, daß sie nicht im Reichstag verlesen wurde, so daß sie als Teil des Reichstagsberichts von der Parteipresse hätte veröffentlicht werden können. So müssen wir uns damit begnügen, die Namen der Unterzeichner mitzuteilen; es sind die folgenden: Albrecht, Antrid, Baudert, Bernheim, Bock, Brandes, Büchner, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Emmel, Emald, Fuchs, Geyer, Haase, Dr. Herzfeld, Henke, Hoch, Hofstätter, Horn (Sachsen), Hügel, Kunert, Ledebour, Dr. Liebmacht, Meute, Reichhaus, Rühle, Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Wir hoffen, daß diese Erklärung der erste Schritt zum selbständigen Auftreten der Minderheit im Reichstage sein wird. Sie hat jetzt lange genug, wenn nicht schon zu lange, damit gewartet. Die Rede Landsbergs muß unseres Erachtens das Maß endlich zum Ueberlaufen bringen, sie muß wie eine gewaltige Herausforderung der Minderheit an. Die weiteren Reichstagsverhandlungen werden Gelegenheiten für die notwendige Aktion der Minderheit geben — wenn nicht eher, dann bei der Abstimmung über den neuen Milliardenkredit.“

Wir hoffen, daß diese 33 Genossen sich doch noch ihrer Pflicht als Sozialdemokraten erinnern und nicht den ersten Schritt zu einer verhängnisvollen Parteipaltung unternehmen werden. (Red. d. Lübecker Volksboten.)

Soziales.

Kriegsdienst und Unfallsrente. In den Arbeiterkretzen ist während der Kriegszeit die Erfahrung gemacht worden, daß die Berufsgenossenschaften den Umfang der Einberufung Unfallsrenter zum Heeresdienst zum Unfalle nehmen, eine Unfallrente herabzusetzen oder gar zu entziehen. Ein lehrreicher, allerdings nicht zugunsten der betreffenden Berufsgenossenschaft entscheidender Fall dieser Art, der auch für weitere Kreise von Interesse ist, beschäftigte dieser Tage das Knappschafts-Oberverwaltungsamt in Erfurt. Ein Bergmann klagte gegen die Knappschafts-Berufsgenossenschaft in Halle a. S., die ihm die bisher gezahlte Rente in eine Dauerrente in Höhe von 40 Prozent umwandeln wollte. Der Bergmann verlangte dagegen die Gewährung einer Rente von 75 Prozent, weil er infolge eines Unfalles, den er im April 1914 erlitten hatte, arbeitsunfähig und fast hilflos sei, so daß er sich nicht einmal allein an- und ausziehen konnte. Der Vorsitzende glaubte mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Kläger ein Hüne von Gestalt und von sehr gesundem Aussehen war, diesem den Vorhalt machen zu müssen, weshalb er nicht arbeite; er würde sich dann an die Unfallsfolgen besser „gewöhnt“ haben. Demgegenüber beauftragte dann der zum Wort kommende Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft, Medizinalrat Dr. Häuber in Erfurt, daß sich der Gesundheitszustand des Verletzten erheblich verschlechtert habe und schwere nervöse Störungen bei ihm festzustellen seien. Der Verletzte sei zu 75 Prozent arbeitsunfähig. Die Anregung des Vorsitzenden, bei dem Truppenteil des Verletzten Auskunft über den Grad der Dienstverwendbarkeit einzuholen, lehnte der ärztliche Sachverständige ab, weil eine solche Auskunft an seinem Gutachten nichts zu ändern vermöge. Dem Verletzten wurde die beantragte Rente von 75 Prozent vom Knappschafts-Oberverwaltungsamt zugesprochen.

Aus dem Gerichtssaal.

Vergehen gegen die Bundesratsverordnung. Das Schöffengericht Burgau in Schwaben verurteilte sämtliche Mühlenbesitzer des Amtsbezirks, 16 an der Zahl, wegen Zuwiderhandlung gegen die Bundesratsverordnungen betreffend Vermahlung von Brotgetreide zu Geldstrafen von 30 bis 50 Mark. Sie hatten sämtlich mehr Getreide vermahlen, als die Maßscheine ihrer Kunden auswiesen und es unterlassen, ihre Maßbücher ordnungsgemäß zu führen. Die Höhe der Strafen wird auf die Beurteilung kaum einen besonderen Eindruck machen.

Aus Nah und Fern.

Die Zensur gegen die freikonserervative „Post“ wurde nach 24 Stunden schon wieder aufgehoben.

Wenn man Geld hat! Am Freitag morgen erschien der Ministerialerlaß, der den Verkauf von ausländischem Schweinefleisch zu einem höheren Preise als dem Höchstpreise von 1 Mark 40 Pfennig pro Pfund geregelt — und schon am selben Abend konnte man ausländisches Schweinefleisch in Berliner Metzlaghäusern ausgestellt sehen. Allerdings kostet dieses Fleisch nicht weniger als 2 Mark 80 Pfennig pro Pfund, also das Doppelte des Preises für bestes inländisches Schweinefleisch. Der Laden war von Kaufleuten überfüllt, die sich demnach an dem hohen Preise nicht zu stoßen schienen, auch daran nicht, daß die in dem Ministerialerlaß geforderte scharfe Trennung von ausländischem und inländischem Fleisch nicht ganz im Sinne der Verordnung durchgeführt war. Das Fleisch der ausländischen Schweine steht übrigens recht gut aus, fett und saftig, und die Tiere, von denen es stammt, müssen schwer und vollreif gewesen sein. Der Einkaufspreis dieses, jetzt in Berlin verkauften Fleisches stellt sich auf 2 Mark 15 Pfennig.

Folgeschwere Gasexplosion in Danen. Am Morgen des 10. Dezember fand an der Quankstraße, in der Wohnung einer Frau Kaus eine folgenschwere Gasexplosion statt, wobei das dreijährige Alter Tochter der Wohnungsinhaberin den Tod fand. Die Mutter und drei weitere Kinder wurden infolge Gasvergiftung in das Krankenhaus gebracht, wo sie noch bewußtlos darniederliegen. Die Frau war wegen ihres Lebenswandels zur polizeilichen Vernehmung geladen und wollte aus Furcht vor den Folgen sich und ihre Kinder töten. Voraussichtlich wird sie und die drei anderen Kinder am Leben bleiben.

Genossenschaftsbewegung.

Eine zeitgemäße Mahnung. In der „Neuen Beamtenzeitung“, dem Organ der Selbstbehörden, finden sich über das Thema Wirtschaften und Krieg folgende bemerkenswerte Sätze: „Eine ganz besondere Rolle bei der Weisbildung spielt der Wirtschaftenhandel. Daß der Handel als solcher in den letzten Jahrhunderten auf die Entwicklung unserer Kultur, auf die Fortbildung unserer Technik und nicht zuletzt auch auf die staatliche Entwicklung einen fördernden Einfluß ausgeübt hat, soll nicht geleugnet werden. Auch die Menschen, die durch berufsmäßige Warenverteilung sich ihr Brot verdienen, haben zunächst zu einem erheblichen Teil nicht das Bestreben, sich durch einen übermäßigen Zwischengewinn zu bereichern. Man liegt es aber im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, über den Wert der eigenen Arbeit hinaus Profit zu machen und dieses Streben nach Spekulationsgewinn hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr, auch im Wirtschaftenhandel, an Boden gewonnen. Heute ist es soweit gekommen, daß der Kaufmann von seinen Berufsgenossen als Dummkopf hingestellt wird, der es als ehrlicher Mensch ablehnt, Konjunkturen nur zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen. Nicht Treu und Glauben, sondern Genossenschaft und Streupelllosigkeit machen sich heute in Handel breit und diese Eigenschaften, die früher nicht zu den Raffeeigentümlichkeiten des deutschen Kaufmanns gehörten, haben ebenfalls dazu beigetragen, die sozialen Gegensätze in unserem Volke zu verschärfen. Man rede uns nicht davon, daß es nur „einzelne“ seien, die die Notlage ihrer Mitmenschen im Frieden sowohl wie jetzt auch besonders im Kriege auszunutzen versuchen. Es liegt leider System in dieser Sache und es ist darum hohe Zeit, daß der Staat als Ganzes zu dem Problem einer gerechten und von der Spekulation nicht beeinflussten Warenverteilung Stellung nimmt. Ungezählte Millionen sind in den letzten Monaten von den Verbrauchern für Nahrungsmittel zuviel gezahlt worden, und besonders die abhängigen Existenzen, Arbeiter, Angestellte und Beamte können ein Lied davon singen, was es bedeutet, den Aufwand für Nahrungsmittel im Interesse eines gewissenlosen Spekulationsrentiers verdoppeln zu müssen und zu hungern. Daß hier eine nationale Gefahr vorliegt, beweisen die zahlreichen Neuerungen führender Persönlichkeiten aus allen Schichten des Volkes. Auch wir glauben an eine Gerechtigkeit im Interesse unseres opferwilligen deutschen Volkes. Und wir meinen, daß dieser Gerechtigkeit um so eher zum Siege verholfen wird, je mehr sich das Volk auf den Weg der Selbsthilfe bekennt. Darum hinein in die Konsumgenossenschaften, die in schwerer Zeit bewährt, dazu berufen sind, uns frei zu machen von einem vielfach entarteten Händler- und Spekulationsrentier.“

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preussische Verlustliste Nr. 403.
Bayerische Verlustliste Nr. 241.
Württembergische Verlustlisten Nr. 317 und 318.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden montags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.